

Erscheint wöchentlich 4 Mal: Dienstag und Freitag früh,
Mittwoch und Sonnabend Mittag. Pränumerations-Preis
für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag und Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch und Sonnabend bis Vormittags 10 Uhr in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Seite oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Chorover Vorherblatt.

Nr. 40.

Dienstag, den 12. März.

1867

Norddeutscher Reichstag.

In der Sitzung am 9. d. zeigte der Präsident an, daß der Abgeordnete Michaelis mit Rücksicht auf die in Niedermünde erfolgte Wahl sein Mandat für Stettin niedergelegt habe. Bei Eröffnung der allgemeinen Debatte über den Verfassungsentwurf machte v. Bennigsen geltend, daß die Scheidung der Redner für und wider unzweckmäßig sei, da viele eine Amendingierung des Entwurfs wollten; wenigstens möge man aus der Meldung „für“ nicht schließen, daß der Redner für unveränderte Annahme sei. Die Berührung ergab folgende Redner: Für: Twesten, Michaelis, v. Vincke (Oldendorf), v. Gottberg, Dr. Köster, Bran (Wiesbaden), Wagners, Prosch, v. Gerber, Gebert, Miquel, v. Behmen, Graf Galen, Graf Bethyus-Huc, v. Puttkammer, v. Sybel, Ahmann, Wachler, v. Watzdorf, Scherer, Fries, Weber (Stade), Dieze, v. Bennigsen, Graf Bassewig, Doe. Gegen: Waldeck, Lasker, Dr. Michaelis (Kempen), Nohden, Dr. Nee, Groote, von Münchhausen, Dunder (Berlin), von Mallinckrodt, Schulze (Berlin), Wigand, Heubner, Schaffrath, Haufeld, Bouvier, Schleiden.

Trostes erklärt von vorn herein, daß er gegen den Entwurf würde stimmen müssen, wenn nicht bestimmte Änderungen vorgenommen würden. In manchen Beziehungen müsse man resignieren. Aber zu Bestimmungen, welche den Ausbau der Verfassung hinderten oder das öffentliche Leben in eine verderbliche Richtung drängten, dürfe die Versammlung ihre Zustimmung nicht geben. Reibungen zwischen dem künftigen Reichstage und dem preußischen Abgeordnetenhaus seien unvermeidlich, dennoch sei er bereit, loyal darauf einzugehen. Der Boden sei durch die Erfolge Preußens für eine Verständigung geeignet, und der vorliegende Entwurf sei eine allenfalls geeignete Form, um den Norden zu einigen und die Verbindung mit dem Süden vorzubereiten. Der Kampf um die Einheit sei in Deutschland ein schwieriger gewesen, weil das deutsche Volk immer um uns seine Freiheit habe kämpfen müssen; es wolle mit dem Abschluß des Kampfes um die Einheit auch die Zukunft seiner Freiheit gesichert sehen. In den kleinen Staaten sei ein gesicherter Boden für die Freiheit nicht gewonnen gewesen; die Einheit unter Preußens Führung

würde einen solchen Boden abgeben. Der vorliegende Entwurf sei jedoch gerade in dieser Beziehung mangelhaft. Es treten wohl Regierungsbefugnisse, aber nicht eine Centralregierung hervor, es fehle namentlich jede Verantwortlichkeit der Regierung dem Reichstage gegenüber. Auf den Versuch, eine verantwortliche Regierung zu konstituieren, zu verzichten sei ein schwerer Entschluß, und könne dies nur geschehen, wenn auf andere Weise dem Parlamente der nötige Einfluß gesichert sei, nämlich durch das Recht der Geldbewilligung, den Kardinalpunkt aller Verfassungen, und zwar das Recht der Steuer- und Ausgabenbewilligung. Es sei an dem ganzen Ausgabenbewilligungsrecht, wie es in der preußischen Verfassung steht, festzuhalten. Werde dieses durch einen Beschluß des Reichstages eingeschränkt, so halte er eine Ablehnung durch den preußischen Landtag für geboten. Ebenso sei festzuhalten an der Zustimmung des Reichstages zu allen Gesetzesänderungen, auch in der Militärgegesetzgebung. Die Militärgegesetzgebung sei also in die Kompetenz der Bundesgesetzgebung einzuschalten. Unannehmbar sei auch der Satz, wonach der Dienst im stehenden Heere 7 Jahre dauern, also die geistliche Einschränkung der Präsenz auf 3 Jahre wegfallen solle. Das wichtigste sei die Budgetfrage: die Landesvertretungen würden nie mehr über das Militärbudget mitzusprechen haben, und der Reichstag nur, wenn die Bundesgewalt mehr brauche, als ihr ein für allemal zugesichert sei. Daß dieser Fall bald eintreten werde, sei nicht vorauszusehen. Für die Sozialversicherung würde von Seiten der Regierungen noch eine Motivierung des geforderten Militärbudgets erfolgen durch Vorlegung des Organisationsplans der Armee und eines speziellsten Kosten-Nachweises. Auch ein anderes Wahlgesetz müsse vorgelegt werden. Die Hauptfache bleibe aber, daß es unmöglich sei, dem deutschen Volke einen Beschluß auf das Budgetrecht zuzumuten. Die preußische Landesvertretung werde in die Übertragung von Rechten auf den Reichstag nur willigen, wenn sie nicht verloren gehen. Auch über die Konvention mit den Einzelstaaten sei Aufschluß zu verlangen. Preußen könne es ertragen, wenn eine Bundesverfassung nicht zu Stande käme, doch würde er dies immer für ein ernstes Unglück halten. Um dies zu vermeiden, müsse man in die Bundesverfassung mindestens dieselben Bestimmun-

gen über Budget und Militärverfassung aufnehmen, welche in der preußischen Verfassung standen. Dem Bedenken, welches von dem Vorhandensein separatischer Elemente hergenommen werde, könne er kein Gewicht beilegen. Nur für die nächsten Jahre, wenn die Summe als nothwendig nachgewiesen sei, ein Pauschquantum zuzustellen. Aber das Budgetrecht müsse gleichzeitig gesichert werden.

Abg. Waldeck: Der Reichstag sei zusammenberufen, ohne den Verfassungs-Entwurf zu kennen. Das Abgeordnetenhaus habe in der Adresse ausgesprochen, daß es nur solche Rechte aufgeben wolle, die unverkürzt auf die neue Volksvertretung übergingen, den gleichen Standpunkt habe sie rücksichtlich der Militärgegesetzgebung gewahrt. Er wünsche auch die Heranziehung der übrigen 5 Millionen Norddeutsche zu einem zentralen Leben mit dem vergrößerten Preußen. Dies sei allerdings der Einheitsstaat, der auch Grundrechte garantiren könne; aber eine Hereinziehung der Grundrechte in den vorliegenden Entwurf wünsche er nicht. Die Versammlung sei nur eine rathegebende, eine unabhängige R. H., aber man müsse sich darauf einlassen. Der Verfassungs-Entwurf enthalte Reminiszenzen aus allen Epochen des deutschen Lebens und erreiche weniger, als möglich wäre, wenn man sich auf einen prinzipiellen Boden stelle, der dem Volke sein volles Recht gäbe. Der Bundesrat sei ein Analogon des deutschen Bundestags und majoritäre einen Staat von 25 Millionen zu Gunsten von 5 Millionen; dagegen müsse er als Preuße protestieren. Oldenburg habe die Notwendigkeit eines Oberhauses und einer Reichsregierung geltend gemacht, die Abneigung der Kleinen sei also nicht überwindlich. Das Vorgelegte sei kein Bundesstaat, das Bundespräsidium sei keine Centralgewalt, das Parlament sei Phrase; auf Bollgesetzgebung, Gesetzesordnung lasse sich kein Parlament basiren. Der große Staat, an welchem die anderen sich anlehnen sollen, sei ein konstitutioneller, also müsse der Bundesstaat auch ein konstitutioneller sein. Das sei er nicht, während die Förderung freiheitlicher Entwicklung die Aufgabe Preußens sei. Der Vertrag mache den König zum Bundesfeldherrn bebe das verantwortliche Kriegsministerium auf und das Militärbudgetrecht des preußischen Abgeordnetenhauses. Dies zuzugeben sei unmöglich. Es müsse eine konstitutionelle Centralgewalt an der

Über die Abfuhr und Verwertung der Dungstoffe.

(Fortsetzung.)

Eine kurze Besprechung der Stoffe, in welchen der Werth der menschlichen Abfälle besteht, dirkte vielleicht wünschenswerth sein. Der menschliche Körper gleicht insofern einer Maschine, als er ebenfalls andauernd arbeitet, und sein Verbrauch an Stoffen, welcher durch die körperliche und geistige Thätigkeit herbeigeführt wird, erfordert werden muß.

Dies geschieht durch die Nahrungsmittel undtheilt deshalb der berühmte Chemiker Liebig dieselben in 2 Gruppen: 1) Athemmittel oder Verbrennungsstoffe, 2) Nährmittel oder formbildende Stoffe. Die Erstern erzeugen durch die Verbindung mit dem, durch die Ateme eingearbeiteten und in das Blut geführten Sauerstoff die Körperfärme, es gehören hierzu die sogenannten Fettsäuren, Stärke, Zucker, die Pflanzen- und Thierfette und die geistigen Flüssigkeiten, welche durch den Verdauungsprozeß in das Blut gelangen. Diese Stoffe liefern uns vorzugsweise das Pflanzenreich. Die Nährstoffe werden ebenfalls durch den Verdauungsprozeß aufgelöst und in das Blut gebracht, welches sie nun durch seine feinsten Verzweigungen allen Gebilden des Körpers zuführt, um deren Verbrauch zu ersetzen; sie sind vorzugsweise in der Milch, dem Bier und dem Fleisch enthalten, stammen jedoch ursprünglich auch von den Pflanzen her, aus welchen sie die Thiere aufge-

nommen haben. Das Mehl der Getreidearten, und die Hülsenfrüchte enthalten beide Arten von Stoffen und sind deshalb vorzugsweise geeignet, unser tägliches Brod zu geben.

Wir sehen nun, welche guten Chemiker unsere Hausfrauen sind, indem sie uns Kartoffeln, Gemüse mit Fleisch, Klöße und Erbsen mit Speck, Mehlspeise und Braten &c., also eine Verbindung beider Arten von Nahrungsmitteln vorsezgen.

Nun ist jedoch noch eine dritte Klasse von Stoffen nötig, um die Ernährung zu einer vollkommenen und gedeihlichen zu machen, dies sind die Salze, die entweder schon in den Nahrungsmitteln enthalten sind, oder wie das Kochsalz, noch zugesetzt werden müssen, welche den festen Bestandtheil unserer Knochen ausmachen, dieselben versteinern, und auch in allen anderen Körperteilen gefunden werden. Mangelhafte Zuführung derselben erzeugt schwächliche Subjecte, wie wir dies bei jungen Thieren, welche ohne Körnerfrucht und bei Kindern, die nur mit Kartoffeln gefüttert aufwachsen, sehen. Diese Salz sind phosphorsaure, schwefelsaure, salpensaure Alkalien und Erden und von den Metallen aus Eisen.

Fragen wir uns nun, woher wir unserer Nahrungsmittel erhalten, so sind es immer die Pflanzen, welche durch ihre Lebensfähigkeit die anorganischen Stoffe der Luft und Erde in organische, d. h. zur Ernährung und Erhaltung des eigenen und thierischen Körpers brauchbare, umwandeln. Die Pflanze entnimmt also die Stoffe zur Bildung ihres Leibes und ihres so-

verschiedenen, für uns so werthvollen Inhalts aus der Luft und der Erde, und zwar aus der ersten Kohlensäure, Wasser und Ammoniak, deren Gebilde beim Verbrennen wieder luftförmig entweichen, aus der letzteren, in Wasser gelöst, die verschiedenen Salze, welche als Asche auf dem Herde oder im Ofen zurückbleiben.

(Fortsetzung folgt.)

Da den Reichstagswahlen in Posen und Westpreußen schreibt ein Blatt folgendes:

Von 11 Kreisen der Provinz Posen sind 6 Deutsche Abgeordnete und von 15 Kreisen derselben 9 Polnische Deputirte gewählt worden. In jenen 11 Kreisen (Bromberg, Schubin, Wirsits, Chodziesen, Czarniau, Samter, Dobrit, Birnbaum, Meserits, Bonst, Krausstadt) wurden 63,633 Deutsche und 38,880 Polnische Stimmen abgegeben, wobei aber zu beachten, daß unter den 38,880 Polnischen Stimmen sich mindestens 8000 Deutsche Katholiken befinden.

In den 15 Kreisen, welche Polnische Abgeordnete entsendeten (Budwroclaw, Mogilino, Gnesen, Wongrowitz, Posen, Buk, Kosten, Schroda, Schrimm, Wreschen, Pleścien, Adelnau, Schildberg, Krzyżościn, Kröben) wurden 47,186 Deutsche und 100,357 Polnische Stimmen abgegeben. Hält man fest, daß in den Kreisen Kröben und Posen, (nebst Stadt Posen) die deutschen Stimmen ungefähr gerade so viel betragen, als die Polnischen, so stehen wir vor dem ziemlich sicheren Resultat, daß die westliche Hälfte der Provinz Posen eine überwiegende Deutsche, die östliche eine überwiegend Polnische Bevölkerung besitzt.

In dem Regierungsbezirk Posen wurden 73,718 Deutsche und 86,640 Polnische Stimmen; im Regierungsbezirk Bromberg bei den Wahlen 45,036 Deutsche und 44,297 polnische Stimmen gezählt. In der ganzen Provinz Posen standen 118,817 Deutsche gegen 131,237 Polnische Stimmen.

Spitze stehen; darauf könne nicht verzichtet werden; ebenso sei an ein interimsistisches Bewilligen eines Pauschquantums nicht zu denken. Eine Feststellung des Heereskontingents gehöre nicht in die Verfassung, ebenso wenig Bestimmungen über Bälle u. s. w. Durch Amen dements sei der Entwurf nicht zu verbessern; es sei nur den Regierungen vorzuschlagen, sich über einen neuen Entwurf, der einen wirklichen Bundesstaat schaffe, zu einigen. Den Standpunkt, daß man, weil man das ganze Deutschland nicht befürme, das kleinere nicht wolle, theile er nicht. Wegen der Folgen der Nichtannahme sei er nicht besorgt, da die Militärkonventionen zu Recht beständen,

(Schluß folgt.)

Der „A. S. B.“ wird von hier geschildert: Die Beratung des Verfassungs-Entwurfs hat gestern Abend in den Fraktionen begonnen. In der national-liberalen sprachen Lasker und Miquel aus Hannover mit besonderem Beifall. Lasker legte die Budgetfrage klar auseinander. Die allgemeine Stimmung ist noch immer für die Amodierung des Verfassungs-Entwurfs in dem Sinne, daß die Rechte der Einzelmämmern zum Mindesten auf das Parlament übertragen werden. Die Nachricht, daß auch die liberalen Parteien den Entwurf, so wie er vorliegt, annehmen werden, ist jedenfalls verfrüht. Man will, das Prinzip des parlamentarischen Budgetredress im Gegentheil möglichst wahren, was allerdings Übergangsbestimmungen, die ein Pauschquantum für einige Jahre bewilligen würden, keineswegs ausschließt.

Zur Situation.

Die Unterhandlungen in Betreff des Orients sind, wie man der „Kreuztg.“ mittheilt, bis jetzt noch ohne irgend ein definitives Resultat geblieben, und allem Anschein nach ist ein solches auch in sehr weitem Felde. Eine der letzten Nachrichten war, daß die drei Schutzmächte Griechenlands die absolute Autonomie für Kandia beantragten. Die Pforte aber hat sich sehr entschieden gegen eine Combination erhoben, welche zur Folge haben könnte, daß die Kandidaten die vertragsmäßigen Bande zwischen ihnen und der Türkei vollkommen zerreißen würden. Ich glaube — fügt der Kreuzzeitungs-Correspondent hinzu — der Wahrheit sehr nahe zu sein, wenn ich hinzufüge, daß England die Pforte in ihrem Widerstande unter der Hand bestärkt. Die feindselige Stimmung in St. Petersburg gegen Frankreich schließt übrigens schon von vorn herein die Glaubwürdigkeit der Angabe aus, die drei Mächte seien vollkommen einverstanden mit einander. Im Grunde will England den Status quo, Frankreich die Unabhängigkeit Kandiens, Russland die Fortdauer der Agitation ohne den sofortigen Versuch einer Lösung. Neuerdings hat die Pforte es so einzurichten gewußt, daß ihr Ergebnis-Adressen aus Kandia zugeschickt werden. Gleichzeitig schlägt sie diplomatische Conferenzen behufs Prüfungen der Beschwerden der Bevölkerung vor.“

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin. Die „Newyork Tribune“ theilt ein Schreiben der Kronprinzessin von Preußen an Frau v. Holzendorff mit, in welchem sie für die Gaben der Amerikaner an die preußischen Soldaten, die im letzten Kriege mit Österreich verwundet wurden, ihren Dank abstattet. Es heißt darin, die hohe Frau fühle sich gedrungen, ihre lebhafte Freude über den Beweis des Interesses für unsere lieben Soldaten aus so weiter Ferne auszusprechen.

Die Frage der Fortdauer oder Aufhebung der Spielbanken auf dem Gebiete des norddeutschen Bundes dürfte nach verschiedenen Anzeichen bald mehr in den Vordergrund treten. Aus guter Quelle erfährt die „Weser-Zeitung“, es sei höchst wahrscheinlich, daß eine Entscheidung noch auf dem gegenwärtigen Reichstage, und zwar schon in der Kürze, provoziert werden solle. Für die Aufnahme eines solchen Schrittes von Seiten der preußischen Regierung wird man wohl einen Anhaltspunkt daran haben dürfen, daß Preußen bereits mit der Aufhebung der Spielbanken auf eigenem Gebiete vorangegangen ist und beim alten Bunde stets in dieser Richtung gewirkt hat. Wenngleiches dürfte es doch wohl zu den Unmöglichkeiten gehören, daß sich die Aussichten verwirrlischen, wie sie neulich von einigen übrigens gutgeschriebenen Broschüren über diesen Gegenstand ins Auge gefaßt wurden. Nach deren Erörterung würde es sich, gegenüber den angeblich „kolossal“ Mitteln, welche zur Befriedigung der verschiedenen Ansprüche bei Aufhebung der Spielbanken nötig sein sollen, empfehlen dies ist der Kern besagter Broschüren, die Spielbanken bis zum Ablaufe der Konzeessionen — beispielsweise die Homburger bis zum 31. März 1896! — bestehen zu lassen, und mittlerweile einen Kur-Sustentationsfond auf die größtmögliche Höhe zu bringen. Eine solche Verschleppung muß geradezu als eine soziale Unmöglichkeit erscheinen. — Die Aktiengesellschaften der Homburger Spielhöhle hielten am 5. ihre Generalversammlung. Es wurde konstatiert, daß auch im vorigen Jahre das Geschäft sehr gut gegangen ist. Der preußischen Regierung wurde das sehr zweideutige Lob gespendet, daß sie der Bank dieselbe wohlwollende Behandlung habe zu Theil werden lassen, wie früher die hessische.

Münzen, 8. März. Die „Bayerische Z.“ veröffentlicht die Stuttgarter Conferenzbeschlüsse nach nunmehr erfolgter allseitiger Ratifikation. Im wesentlichen sind die Vorstöße Bayerns angenommen worden, aus denen folgendes hervorzuhaben: Die anstrebbende gemeinsame Wehrverfassung soll die Südstaaten zur Wahrung ihrer nationalen Integrität in Gemeinschaft mit dem übrigen Deutschland befähigen. Der Formationsstand soll nicht unter 1½ p.C., der wirk-

liche Präsenzstand nicht unter ¾ Prozent der Bevölkerung betragen. Die Armeen sind soweit gleichartig einzuteilen und anzurüsten, als zu deren gemeinschaftlicher Aktion unter einander und mit dem übrigen Deutschland notwendig ist. Die Grundlagen sind: Gleiche taktische Einheit; möglichste Übereinstimmung der Reglements, namentlich Gleichheit der Signale und der formellen Heidienstbestimmungen; möglichste Übereinstimmung der Feuerwaffen und der Munition, gemeinschaftliche größere Übungen, gleichmäßige Ausbildung der Offiziere. Über diese Einheit wird eine Prüfung bis zum 1. Oct. d. J. in München zusammennehmende Conferenz der beteiligten Staaten schließen werden. Die Beendigung wegen der Festungen Nastatt und Ulm ist bis zur Beendigung der Verhandlungen der Bundesliquidations-Commission verschoben worden.

Frankreich. Der Kaiser überrascht die Welt mit einem Acte der Gutmäßigkeit: er setzt Lamartine in den Stand, seine Schulden zu bezahlen. Der Staats-Minister hat auf Befehl des Kaisers dem Staatsrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, worin Lamartine eine Summe von 400,000 Fr. als „Nationaldant“ geschenkt wird. Wir sind gewahnt, welche Geister die Majorität zu dieser Anerkennung machen wird. — Die Anzahl der Arbeiter, welche durch wöchentliche Zahlungen für diejenigen ihrer Genossen sorgen, welche die Arbeit eingestellt, ist von 6000 auf nahezu 14,000 gestiegen.

Einer der früheren Räthe des Kaisers, der vor dem Erscheinen der Reformdekrete vom 19. Januar über ihre Opportunität zu Rathe gezogen wurde, soll seine Ansicht offen dahin dargelegt haben, daß entweder dem Parlamentarismus mit vollen Segeln zugeschworen und das größtmögliche Maß der Freiheit zu gewähren, oder der status quo unverändert beizubehalten sei. Jedes halbe Zugeständnis würde die Begehrlichkeit der Nation nur steigern, ohne die geringste Befriedigung zu gewähren. Diese Aussicht erweist sich immer mehr als vollkommen zutreffend; wenn man aber auf die Wege des Konstitutionalismus einlenken will, so muß man sich entschließen, auf einen sehr erheblichen Theil der bisherigen Machtvollkommenheit Verzicht zu leisten. In der Umgebung des Kaisers soll großer Misstrau herrschen. Durch den Verlauf der deutschen und der mexikanischen Angelegenheiten hat die Popularität des Monarchen unerträglich harte Stöße erlitten, und es muß etwas geschehen, um der gedemütigten Nationalität eine Genugthuung zu geben. Namentlich macht die Volksmeinung die Regierung für das Erstarken Deutschlands verantwortlich und auch beinahe der ganze gesetzgebende Körper teilt die eingewurzelten Vorurtheile in jeder Beziehung. Die der Regierung gestellte Aufgabe ist daher eine ungeheure Schwierigkeit.

Die Räumung der serbischen Festungen durch die Türken wird von den französischen Blättern wie der Anfang vom Ende der Pforte betrachtet. Als nächster Schritt gilt die Unabhängigkeit Kandiens. Die „France“ verkündet bereits, daß die Schutzmächte Griechenlands in dieser Beziehung einverstanden seien; namentlich sei auch England geneigt, Kandia das Roß der ionischen Inseln teilen zu sehen. Auf diesen zweiten Schritt soll als dritter folgen, daß die Pforte angehalten werde, „mutig“ den Pfad des Fortschrittes zu betreten, eine breite, ehrliche Ausführung des Hatti-Humayum zu beginnen, als Kern aller Zugeständnisse die vollständige religiöse, politische und administrative Gleichheit der christlichen mit den mohamedanischen Untertanen des Sultans zu erklären und überhaupt der öffentlichen Meinung Europas sich zu beugen. Auch von anderer Seite wird bestätigt, daß die Regierung sich in der orientalischen Frage Russland bedeutend angenähert und namentlich in betreff der Unabhängigkeit Kandiens sich ihm ganz angeschlossen hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß man hier die Auflösung des türkischen Reichs als eine bereits ziemlich nahe Möglichkeit in Aussicht nimmt. So ist man denn auch darauf bedacht, Ägypten eine erweiterte Selbstständigkeit zu gewähren, und es soll den Plänen Ismaels von hier Förderung zugesetzt sein. Der Vizekönig sucht sich in seiner Art vorzubereiten, indem er ein neues Anlehen abzuschließen sich bemüht; er will nicht weniger als 200 Millionen aufnehmen.

Locales.

Handwerkerverein (Schluß). Der Herr Vorsitzende teilte (in der Versammlung am Donnerstag d. 7.) demnächst ein an den Verein von dem Vorstand des Centralvereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen“ gerichtetes Antrreiben mit. Dasselbe lautet: „Der Central-Verein in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen, welcher statutenmäßig zur Aregung und Förderung geistiger und materieller Interessen derselben berufen ist, hat sich demgemäß der Aufgabe unterzogen, auch den deutschen Arbeitern den Besuch der diesjährigen internationalen Industrie-Ausstellung zu Paris, so weit möglich, zu erleichtern und ihnen jedenfalls diejenigen Vortheile zu zuwenden, welche französischen Arbeitern aus den Departements und den Arbeitern aus England in Aussicht gestellt sind. Die Vermittelung haben in unserm Auftrage der Advokat Herr Dr. Neitlinger zu Paris, Nr. 92 Rue Lafayette, außerdem Herr Horn in Paris, Gründer von Genossenschaften noch deutschem Vorbild, übernommen. Aufgrund der Mitteilungen des ersten werden die in Aussicht genommenen Vergünstigungen in folgenden bestehen:

Innerhalb des Ausstellung-Terrains selbst, Frühstück für 75 Centimes (6 Sgr), desgleichen Mittag für 1 Frank (8 Sgr), bei unverhältnismäßig etwa liegenden Preisen 80 Centimes bis 1 Frank für Frühstück und 1½ bis 1¼ Frank für Mittag. In Krankheitsfällen soll für den Arzt unentgeltlich und für Medikamente um ermäßigte Preise

gesorgt werden. Man bemüht sich ingleichen für Beschaffung billiger Wohnung und hofft dieselbe für 50 Cent. bis höchstens einen Frank pro Tag zu stellen. Eine weitere Erleichterung endlich würde in der Ermäßigung der Fahrpreise auf den Eisenbahnen bestehen, bei welchen man eine Reduction von 60, sogar von 75 Prozent auf den französischen Bahnen zu erlangen denkt.

Der unterzeichnete Vorstand des Central-Vereins wird sich seiner Zeit auch an die Direktionen der hauptsächlich zu benuhenden preußischen und deutschen Eisenbahnen wegen Ermäßigung der Fahrepreise wenden.

Unser Beauftragter, Herr Advokat Dr. Neitlinger, wünscht in Veranlassung seiner Verhandlung mit dem Präsidium der Ausstellungs-Kommission eine ungefähre Angabe der Anzahl deutscher Arbeiter, auf deren Besuch bei der internationalen Ausstellung in Paris wohl zu rechnen wäre, wobei er, wie auch Dr. Horn sich in wohlwollender Weise bereit erklären, für das gemeinsame Wohl derselben zu sorgen. Auch scheint bezüglich der Beschaffung von Wohnungen angemessen, sich hinsichtlich der Zeit des Besuchs möglichst zu einigen, wobei eine spätere Zeit vielleicht vorzuziehen sein dürfte.

In der Überzeugung, daß obige Mitteilungen Ihnen angenehm sein möchten, ersuchen wir Sie ergebenst um Ihre baldigfällige Auskunft über die erwähnten Punkte, insbesondere, ob und wie viele ihrer Mitglieder von dem Anerbieten Gebrauch machen dürfen.“

Anmeldungen seitens hiesiger Vereinsmitglieder wird der Herr Vorsitzende in den beiden nächsten Sitzungen entgegennehmen.

Eine Anfrage aus dem Briefkasten richtete sich dahin, wann die Bache werde kanalisiert werden. — Die städtischen Behörden haben ihre Beschlusshandlung in dieser Angelegenheit auf ein Jahr vertagt.

Da am n. Donnerstag d. 14. d. Ms. im Saale des Herrn Hildebrand ein Familienfest gefeiert wird, so wird die Vereinsversammlung nach Beschuß der heutigen Versammlung am Freitag d. 15. stattfinden.

Pur Wahl für das Parlament. Der „Gr. Ges.“ schreibt: Der reaktionäre „Elbinger Anzeiger“ erzählt unter „Marienwerder“, daß die Conservativen „abermals hineingefallen sind“. Es sei zwischen den Kreisen Stuhm-Marienwerder und Thorn-Eulm der Compromiß geschlossen worden, daß hier die Fortschrittspartei für Herrn v. Rabe, dort die conservative Partei für Herrn Meyer in der engeren Wahl stimmen sollte. Die Conservativen im Thorner Kreise hätten nun ihr Wort gehalten, die „Fortschritter“ in Marienwerder aber nur zum geringsten Theil. Das wackere Blatt fordert dann die „vertrauensseligen“ Conservativen auf, doch dies Beispiel punischer Treue zu Herzen zu nehmen und sich niemals mit den Liberalen einzulassen u. s. w. Wir halten uns für berechtigt, diese ganze Geschichte als eine jener dreiten Erfindungen zu bezeichnen, mit denen das genannte Blatt gewohnheitsmäßig seine Gläubigen abfüllt. Der Artikel ist offenbar in Elbing fabriert und eine Verdrehung der Thatsoche, doch zwischen Löbau und Thorn ein solcher Marienwerder und Thorn ist von einem derartigen Ueber-einkommen nicht die Rede gewesen. (Wir bemerken hiezu noch, daß das Ueberkommen zwischen Thorn und Löbau ehlich gehalten worden ist Ann. der Ned.)

Schwurgericht Sitzung am 8. März. Am Morgen des 3. Januar d. J. brannte dem Gutsbesitzer Müller in Bielen ein Pferde- und Viehhof sowie ein Speicher, sämtliche Gebäude unter einem Dache belegen, ab. Die Gebäude waren bei der Aachen-Mindener Feuer-Berührungs-Gesellschaft mit etwas über 6000 Thlr. versichert. Dr. polnische Unterthan, Knecht Andreas Neumann wurde während des Brandes sofort von Allen als der Thäter bezeichnet und verhaftet. Trotz seines Leugnens lautet bei ihm das Verdict der Gezworenen auf schuldig. Neumann, welcher bei Müller a.s. Knecht gedient, war am Tage vor dem Feuer von ihm abgelohnt worden, hatte sich den Tag über im Krug umhergetrieben, war dann Abends unter verdächtigen Umständen auf das Gehöft gekommen und hatte sich in die Gefindefläche begaben, angeblich um seine Kleider zu trocken, und am Herde zu schaffen gemacht. Dorthin er einer derjenigen Knechte gewesen, die nichts geweckt werden mühten, so war er dennoch am Morgen des 3. Januar mit den übrigen Knechten zusammen aufgestanden. Ferner, nur an diesem Morgen ist er wiederholt in verdächtiger Art unweit der Stelle gefeuht worden, wo das Feuer zuerst geschehen worden ist. Hierzu kamen drohende Neuauflagen, die er gegen Müller ausgestoßen, seine Unruhe, die er vor dem Feuer gezeigt und sein Benehmen bei dem Feuer selbst. Angest. war bleich, wollte Gegenstände retten, konnte sie aber nicht festhalten, sondern ließ sie wieder zur Erde fallen. Kurz, er trug sich wie ein Mensch der Gewissensbisse hat. Auch auf den sofort gegen ihn angesprochenen Verdacht, daß er es gewesen, der das Feuer angezündet hätte, setzte Angest. nur Stillschweigen entgegen. Neumann wurde wegen vorsätzlicher Brandstiftung mit 11 Jahren Zuchthaus und mit Landesverweisung bestraft.

Am 9. März d. J. kamen zur Verhandlung die Sachen wider: 1) den Knecht Alois Kasparski aus Elgizewo wegen versuchten Raubes; — 2) den Knecht Andreas Cyminski aus Gremenz, den Arbeiter Joseph Szymkowksi aus Strasburg, beide schon wi. derho t wegen Diebstahls bestraft, wiederum wegen eines einfachen Diebstahls resp. wegen Theilnahme daran und wegen schweren Diebstahls; — und 3) den früheren Landbriefträger Carl Ahmus aus Schönsee wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung in je 3 Fällen. Bei Kasparski lautete das Verdict auf Nichtschuldig, bei Cyminski und Szymkowksi in allen Fällen auf Schuldig und sind demgemäß bestraft. Cyminski mit 6 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Stellung unter Polizei. Aufsicht und Szymkowksi zu 5 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Stellung unter Polizei. Aufsicht — Ahmus war getäuscht und wurde demnach gegen ihn ohne Buziehung der Geschworenen verhandelt. Er ist nach 9 Monaten Gefängnis, Verlust der Ehrenrechte auf 1 Jahr, mit 15 Thaler Geld ev. mit noch 14 Tagen Gefängnis bestraft.

Postverkehr Als unbestellbar ist an das hiesige R. Postamt zurückgetreten eine am 26. v. Ms. hier aufgelie-

200,000 Gusden Hauptgewinn, der Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-Loose. **Ziehung am 1. April 1867.**

1700 Loose müssen folgende 1700 Treffer in bevorstehender einzigen Ziehung unbedingt gewinnen und zwar:

1 à fl. 200,000; 1 à fl. 40,000; 1 à fl. 20,000; 2 à fl. 5000; 2 à fl. 2000;

2 à fl. 1500; 4 à fl. 1000; 37 à fl. 400; 1650 à fl. 160.

Die Ziehung geschieht öffentlich im Beisein der Regierungsbehörde, und kostet für obige Ziehung gültig

1 viertel Loos 1 Thlr. | 1 ganzes Loos 4 Thlr.

1 halbes Loos 2 Thlr. | 6 ganze Loose 20 Thlr.

Gefl. Aufträge mit Baarsendung oder Ermächtigung zur Postnachnahme werden pünktlich effeckt und erfolgen die Listen und Gewinne franco durch

Georg M. Mayer, in Frankfurt a. M.

P. S. In letzter Ziehung fielen wiederholt mehrere Haupttreffer in meine vom Glück stets begünstigte Collecte.

Nach siebenjährigem Leiden geholfen!

Seiner Wohlgeboren dem Herrn G. A. W. Mayer in Breslau.

St. Johann bei Salzburg, den 20. April 1866.

Von Dank sowohl wie von Pflicht aufgesordert, richte ich diese Zeilen an Sie, hoffend daß sie mit andern Zeugnissen Aufnahme finden.

Kann ich auch nicht, wie ich es wünsche nach Verdienst über die Vortrefflichkeit Ihres weißen Brust-Syrups schreiben, so glaube ich doch erwähnen zu müssen, daß alle früher versuchten Mittel, wie Dorsch-Beberthan-Del, verschiedener Brust-Thee, Kräuter, Aloe u. s. w. mich ohne Hilfe ließen. Da machte ich auch einen Versuch mit Ihrem weißen Brust-Syrup und kaufte solchen bei Herrn Fidelius Egger in Ried. Ich spürte gleich eine auffallend wohlthätige Wirkung und nach dem Gebrauch von 4 halben Flaschen war mein 7jähriges Brust-Uebel gehoben. Solche, welche sich oft in ihren Erwartungen, wie ich, getäuscht, können nur von diesem Mittel noch Rettung hoffen. Meine Krankheit war bereits eine chronische geworden und dennoch verschaffte mir dieses Mittel Heilung, wo andere so sehr angepriesene Präparate wirkungslos blieben oder magenverderbende Einflüsse zeigten. Nehmen Sie deshalb meinen wärmsten Dank und herzlichen Gruß.

Josef Gold, Maler und Photograph.

Dieser ausgezeichnete Brust Syrup ist stets frisch vorrätig in Thorn bei Friedrich Schulz; in Culm bei Carl Brandt; in Strasburg bei C. A. Köhler.

„Gottes Segen bei Cohn!“ Grosse Capitalien

Verloosung

von über 2 Millionen 200,000 Mark.

Beginn der Ziehung am 17. d. Mts.

Die Königl. Preuss. Regierung gestattet jetzt das Spiel der Hannov. und Frankf. Lotterie.

Nur 2 Thaler

kostet ein Original-Staats-Loos (keine Promesse) aus meinem Debit und werden solche auf frankirte Bestellung gegen Einsendung des Betrages, oder gegen Postvorschuss selbst nach den entferntesten Gegenden von mir versandt.

Es werden nur Gewinne gezogen.

Die Haupt-Gewinne betragen Mark 225,000—125,000—100,000—50,000—30,000—20,000—2 à 15,000, 2 à 12,000, 2 à 10,000, 2 à 8000, 3 à 6000, 3 à 5000, 4 à 4000, 10 à 3000, 60 à 2000, 6 à 1500, 4 à 1200, 106 à 1000, 106 à 500, 6 à 300, 100 à 200, 7628 à 100 Mark u. s. w.

Gewinngelder und amtliche Ziehungslisten sende sofort nach Entscheidung.

Meinen Interessenten habe allein in Deutschland bereits 22 Mal das grosse Loos ausgezahlt.

Laz. Sams. Cohn

in Hamburg,
Bank- und Wechselgeschäft.

Am Dienstag, den 12. d. Mts. Abends 6 Uhr Versammlung der Mitglieder des Lesekabinets behufs Wahl der Zeitungen für das 2. Vierteljahr.

Der Vorstand.

1 möbl. Zimmer verm. W. Henius am Markt.

Allerneuste große Geld-Verloosung

von Einer Million 624,265 Mark
da unter der grösste Gewinn event.

225,000 Mark.

1 Treffer à 125,000 Mark, 1 à 100,000, 1 à 50,000, 1 à 30,000, 1 à 20,000, 2 à 15,000, 2 à 12,000, 2 à 10,000, 2 à 8000, 3 à 6000, 3 à 5000, 4 à 4000, 10 à 3000, 60 à 2000, 6 à 1500, 4 à 1200, 106 à 1000, 106 à 500, 6 à 300, 100 à 200, 37,628 Gew. à 100 Mark sc.

Ziehung am 17. April er.

Zu dieser auf das Vortheilhafteste eingerichteten vom Staate genehmigten und garantirten Geldverloosung sind

Ganze Original-Loose à 2 Thaler.

Halbe " à 1 "

Biertel " à ½ " gegen Einsendung des Betrages oder unter Postnachnahme durch Unterzeichnung zu beziehen

Die amtliche Gewinnliste sowie die Gewinnbeträge werden sofort nach stattgehabter Ziehung verändert.

B. M. Silberberg Wwe. & Sohn
Bank- und Wechsel-Geschäft
Hamburg.

P. S. Wiederverkäufer wollen sich in Bezug der Bedingungen direct an uns wenden.

Gut gebrannte Ziegel in 3 Sorten, Biberschwänze, Holländische- und Forstpflanzen, Krippe- und Blumensteine werden billigt ab Antitewo, sowie ab Hof zu Bielowh verkauft.

Dachböcke und Weiden werden täglich ab Hof Bielowh verkauft.

Im Interesse aller Eltern.

Mein Sohn, jetzt 9 Jahre alt, litt seit 6 Jahren an einem hartnäckigen Husten mit Auswurf, war fortwährend verschleimt, und je mehr wir von den uns angerathenen Mitteln brauchten, desto schlimmer wurde sein Zustand. Es war für uns Eltern ein recht betrübendes Ereignis zu nennen, denn mit jedem Tage hatten wir neue Hoffnung auf Besserung, die aber sich leider nicht einstellen wollte. Es sind jetzt 6 Wochen her, wo mein Kind sich von neuem legte, und wo das alte Uebel mit noch grösserer Hestigkeit als je auftrat. Eben zu dieser Zeit las ich in den Zeitungen von dem neu erfundenen R. F. Daubiz'schen Brust-Gelee, der besonders gegen Husten ein vortreffliches Mittel sein sollte. — Wenn man alle nur denkbaren Mittel angewendet hat, die keine Hilfe boten, so versucht man immer noch wieder etwas Neues. Dies that ich denn, holte eine Flasche von dem R. F. Daubiz'schen Brust-Gelee und gab meinem Kinde nach Bedürfnis davon. — Die Erfolge waren glänzend. Beim Verbrauch der zweiten Flasche ist der Husten so milde geworden, daß mein Kind täglich vielleicht nur 1—2mal hustet, auch haben sich der Auswurf und die Verschleimung in dem Maße gemindert, daß alle Besorgnisse für die Wiederkehr dieses lästigen Uebels bei unserm Kinde gänzlich geschwunden sind.

Mit Freuden veröffentliche ich daher vorstehende Zeilen! — Zum Ruhm für den Erfinder! — Zum Segen der Menschheit!

Berlin, den 10. Januar 1867.

C. Moenes,
Rüdersdorferstr. 5.

R. F. Daubiz'sches Brust-Gelee
allein nur fabrikt von dem Apotheker R. F. Daubiz in Berlin

sowie „Daubiz“

empfiehlt à fl. 10 Sgr. die alleinig Niedergabe von R. Werner, in Thorn.

Breitestraße Nr. 444 ist die zweite Etage bestehend aus 4 Zimmern, Küch., Keller und Zubehör vom 1. April ab zu vermieten. Näheres in genanntem Hause bei Herrn

Julius Louis Kalischer.

Ein, auch zwei möblirte Zimmer sind zu vermieten Brückenstraße bei Frau Kaufmann Stenzler 2 Tr. hoch.

In meinem Hause Altstadt Nr. 2013 sind mehrere Wohnungen nebst Zubehör sowie auch 1 Speicher vom 1. April er. ab zu vermieten.

Adolph Raatz.

Zwei Wohnungen, jede bestehend aus 3 Stuben, Alkoven und sämtlichem Zubehör si.d vom 1. April auch im Ganzen zu vermieten.

Stuezko.

Neust. Markt 231 ist eine Wohnung von 3 auch 4 Zimmern, nebst Küche und Zubehör mit auch ohne Pferdestall zu vermieten.

Eine nach vorn belegene Wohnung bestehend aus 2 Stuben, Küche und Baden hat zu vermieten.

Robert Tilk,

Jakobsstr. Nr. 227/28.

Die möblirte Wohnung, jetzt von Herrn Hauptmann v. Wittke bew. hat, ist wegen Versezung vom 1. April zu vermieten.

J. Liebig, Neust. Markt 146.

Eine herrschaftliche Wohnung, bestehend aus einem besonderen Entree, zwei großen einem mittleren Zimmer, Mädchenstube, Speisesammer, Küche &c. und wenn es verlangt wird Pferde- u. Wagengelaß hat noch vom 1. April er. ab zu vermieten.

Adolph Raatz

2 Wohnungen vom 1. April zu vermieten auf der Kl. Mocke vis-à-vis dem goldenen Löwen bei

L. Schaefer.